

Dein Update

Wir im Bund. Wir im Land. Wir im Kreis Bergstraße.



Ausgabe November 2022: Themen im Land Hessen

Gemeinsam die Folgen des Krieges gegen die Ukraine bewältigen – Eckpunkte hessisches Unterstützungsprogramm

Hessen steht in der Krise zusammen: Die Landtagsfraktionen von CDU, GRÜNE, SPD und Freien Demokraten haben sich auf die Eckpunkte für ein hessisches Landeshilfsprogramm geeinigt: „Das ist ein starkes Zeichen, dass wir die Menschen, Institutionen, Vereinen und Unternehmen in unserem Bundesland mit den Folgen des russischen Angriffskrieges und der dadurch entstandenen Energiekrise nicht alleine lassen“, kommentieren die vier Fraktionsvorsitzenden Ines Claus (CDU), Mathias Wagner (GRÜNE), Günter Rudolph (SPD) und René Rock (FDP) den gemeinsamen Vorschlag. Die Eckpunkte der vier Fraktionen sollen auch Eingang in das von der Landesregierung auf dem Sozialgipfel zugesagte Hilfspaket des Landes finden.

Bis zu 30 Millionen Euro soll ein Härtefonds zum Schutz vor Energiesperren umfassen, im gleichen Volumen sind gemeinsam mit der WI-Bank Darlehenshilfen für kleinere Unternehmen vorgesehen. Das Hilfsprogramm umfasst auch weitere 30 Millionen Euro zur Unterstützung von Vereinen, Verbänden, Initiativen und Projekten in den Bereichen Sport, Kultur, Bildung, Soziales und Umwelt, die durch die steigenden Energiepreise vor großen Herausforderungen stehen. Zudem soll es ein Kündigungsmoratorium für die Mieterinnen und Mieter von Wohnungsbaugesellschaften in öffentlicher Hand geben. Neben den bereits zugesagten 2,2 Millionen Euro für die Tafeln sind für die Stärkung der Verbraucherzentralen und Schuldnerberatungen 1,5 Millionen Euro angedacht, 3 Millionen für die Kur- und Heilbäder.

Die vier Fraktionsvorsitzenden: „Der Staat kann nicht alle Folgen des Krieges auffangen. Er kann und muss aber zielgenau vor allem denjenigen helfen, die die aktuelle Krise nicht aus eigener Kraft bewältigen können. Dafür liegen auf Bundesebene umfangreiche Entlastungspakete vor. Auf Landesebene werden wir unseren Beitrag bei der Finanzierung und Umsetzung dieser Pakete leisten. Wir haben gemeinsam beraten, wie wir die Maßnahmen sinnvoll ergänzen können und wo es gegebenenfalls noch Lücken gibt. Wir bringen jetzt unser eigenes, ergänzendes Entlastungspaket auf den Weg. Die vier Fraktionen werden hierzu gemeinsam Änderungsanträge zum Landeshaushalt 2023/24 einbringen.“

Schwarzgrün hat fünf Jahre verschlafen – Gesetzentwurf zur Landeselternvertretung für Kita-Eltern fällt bei Anhörung durch

Der Gesetzentwurf von Schwarzgrün zur Wahl einer Landeselternvertretung für Eltern von Kindern in Kitas und in der Kindertagespflege kommt fünf Jahre zu spät und bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Dies habe die heutige Anhörung im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss eindrücklich belegt.

Dr. Daniela Sommer, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag: „Leider finden sich die Vorschläge der ehrenamtlich engagierten Eltern, die in einem langjährigen, von der LAG KitaEltern Hessen e.V. begleiteten Prozess erarbeitet wurden, nicht im Gesetzentwurf wieder. Das ist mehr als enttäuschend und zeigt, wie wenig man seitens der Regierungsfractionen an einer wirklichen Beteiligung der Eltern interessiert ist.“ Das Wahlverfahren bleibe abenteuerlich, solange sich CDU und Grüne nicht für ein ordentliches Verfahren auf Stadt- und Kreisebene durchringen könnten. Hier bleibe es nur bei einer Kann-Regelung zur Einrichtung von Elternbeiräten. „Eltern dürfen nicht zu Bittstellern degradiert werden, sie brauchen größere Legitimität, stabile Unterstützungsstrukturen und ein Monitoring, um Möglichkeiten und Bedarfe zu evaluieren.“

Aber auch die Verlängerung der Übergangssituation bei den personellen Mindeststandards in den Kitas habe deutliche Kritik bei den Anzuhörenden gefunden. „Aufgrund der dünnen Personaldecke muss man diesen Weg aktuell sicherlich gehen, um das Betreuungsangebot aufrecht zu erhalten. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Landesregierung in den letzten Jahren versäumt hat, effektive Maßnahmen zu ergreifen und grundsätzliche Veränderungen einzuleiten, um die Arbeits- und Ausbildungssituation zu verbessern – zum Beispiel durch mehr Ausbildungsmöglichkeiten, die vollständige Abschaffung des Schulgeldes für angehende Erzieherinnen und Erzieher und durch eine angemessene Bezahlung.“ Den Fachkräftemangel nun mit den neuen Herausforderungen aufgrund des Angriffskriegs auf die Ukraine zu rechtfertigen, sei schlichtweg eine Ausrede, um darüber hinwegzutäuschen, dass man hier alle Prognosen und Appelle nicht ernst genommen habe.

„Dieser Gesetzentwurf kann daher in beiden Punkten nur ein Zwischenstand sein und nicht das Endprodukt einer langen Auseinandersetzung“, so Dr. Daniela Sommer.

Quelle: <https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/11/18/schwarzgruen-hat-fuenf-jahre-verschlafen-gesetzentwurf-zur-landeselternvertretung-fuer-kita-eltern-faellt-bei-anhoerung-durch/>

Lesen lernt man nicht an einem Tag – Lesenlernen braucht gute schulische Rahmenbedingungen und qualifizierte Lehrkräfte

In der Aktuellen Stunde zum Bundesweiten Vorlesetag hat der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Christoph Degen, heute die Landesregierung für ihre Schaufensterpolitik kritisiert:

„Der alljährliche Vorlesetag im November ist ein wichtiger Beitrag, das Lese- und Sprachvermögen von Kindern zu fördern. Regelmäßiges Vorlesen hat viele positive Auswirkungen. Deshalb unterstützt die SPD-Fraktion den Vorlesetag seit vielen Jahren durch aktive Beteiligung – nicht nur plakativ an diesem Tag.“

Der Vorlesestag ist kein Tag, um sich für politische Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen zu feiern, wie es Schwarzgrün durch die aktuelle Stunde versucht. Denn in den Grundschulen fehlen hunderte Lehrkräfte, übernehmen pädagogische Laien Klassenleitungen, weil zwei Jahrzehnte nicht in die Ausbildung neuer Grundschullehrkräfte investiert wurde. Auch hat Schwarzgrün es versäumt, die Qualität der Ausbildung zu verbessern, indem es hartnäckig am Schmalpurstudium von sechs Semestern festhält. Hinzukommt, dass eine angemessene Bezahlung für Grundschullehrkräfte, die das Fundament für den Bildungserfolg von Kindern legen, seit Jahren verweigert wird.

Die Ergebnisse des letzten IQB-Bildungstrends sind alarmierend: 17,1 Prozent der Kinder in Hessen verfehlen den Mindeststandard, nur 58,4 Prozent erreichen den Regelstandard im Lesen. Viertklässler können immer schlechter lesen und rechnen. Vor allem der soziale Hintergrund hat einen wachsenden Einfluss auf den Bildungserfolg. Die eine Stunde Deutsch mehr in den Jahrgangsstufen 3 und 4, für die es ohnehin keine Lehrkräfte gibt, soll überdecken und reparieren, was durch Streichung von Wochenstunden und Stellen in Intensivklassen, durch massive Arbeitsbelastung an den Grundschulen über Jahre vernachlässigt wurde. Ein erster Schritt für die Wertschätzung des Lesenlernens in der Grundschule wäre die Anhebung der Bezahlung der Grundschullehrkräfte auf A13, so wie bei allen anderen Lehrkräften auch.

Der Vorlesestag sollte nicht nur zum Lesen, sondern vor allem auch zum Nachdenken anregen. Wenn die Standards signifikant sinken, reicht keine Schaufensterpolitik. Dann muss die gesamte Sprachförderung auf den Prüfstand.“

Quelle: <https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/11/17/lesen-lernt-man-nicht-an-einem-tag-lesenlernen-braucht-gute-schulische-rahmenbedingungen-und-qualifizierte-lehrkraefte/>

Soziale Einrichtungen brauchen Unterstützung durch die Landesregierung

Die steigenden Energie- und Lebensmittelpreise sind eine enorme finanzielle Herausforderung und betreffen nicht nur die einzelnen Haushalte oder die Wirtschaft. Genauso stark sind soziale Einrichtungen betroffen. Im Rahmen der heutigen Plenardebatte sagte Lisa Gnadl, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag:

„Mit drei umfangreichen Entlastungspaketen von insgesamt rund 95 Milliarden Euro hat der Bund schnell gehandelt und bereits für große Entlastungsmaßnahmen gesorgt.“ Das Entlastungspaket III der Bundesregierung zur Abfederung der Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine schaffe zudem für Millionen Bürgerinnen und Bürger auch in Hessen kurz und mittelfristige Erleichterungen. Insbesondere Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen profitierten erheblich von den umfangreichen Maßnahmen. Neben der Strompreisbremse und der Energiepreispauschale für

Rentnerinnen, Rentner, Studierende und Auszubildende sei insbesondere das neue 49-Euro-Ticket zu begrüßen.

„Die Energiekrise darf nicht zu einer sozialen Krise werden. Dazu muss auch Hessen einen Beitrag leisten“, so Gnadl. Um nachhaltige Lösungen für die aktuellen Herausforderungen in Hessen zu finden, müssten aus ihrer Sicht weitere Unterstützungen in Form finanzieller Hilfen bereitgestellt werden. Dabei müsse man die sozialen Einrichtungen stärker in den Blick nehmen.

„Soziale Einrichtungen sind unser soziales Netz, das wir uneingeschränkt brauchen.“ Betroffen von den Kostensteigerungen seien alle Bereiche: Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen und der Pflegebereich. „Die Träger können diese Kosten nicht allein

auffangen, hier muss das Land dringend Hilfen anbieten. Den Ankündigungen der Landesregierung auf dem Sozialgipfel müssen jetzt Taten folgen“, so Gnadl.

Quelle: <https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/11/17/soziale-einrichtungen-brauchen-unterstuetzung-durch-die-landesregierung/>

Weitere Themen:

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/11/17/hessen-braucht-einen-fluechtlingsgipfel-zur-landesweiten-koordination-von-unterbringung-und-betreuung/>

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/11/16/hessisches-energiegesetz-kleinster-gemeinsamer-nenner-von-cdu-und-gruenen/>

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2022/11/16/spd-fordert-wahlrecht-ab-16-bei-landtagswahlen-guenter-rudolph-politische-mitbestimmung-ist-wichtig-fuer-die-demokratie/>